Stand: 17.12.2025 02:37:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10510

"Stellenabbau bei Siemens in Bayern stoppen - keine weitere De-Industrialisierung des Wirtschaftsstandorts Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10510 vom 15.03.2016
2. Beschluss des Plenums 17/10599 vom 16.03.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 68 vom 16.03.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 15.03.2016 **Drucksache 17/10510**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Johanna Werner-Muggendorfer** und **Fraktion (SPD)**

Stellenabbau bei Siemens in Bayern stoppen – keine weitere De-Industrialisierung des Wirtschaftsstandorts Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln den geplanten Stellenabbau von Siemens an den bayerischen Standorten Ruhstorf, Bad Neustadt, Nürnberg und Erlangen zu verhindern.

Gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretern, den Gewerkschaften, der Arbeitsagentur für Bayern sowie den Bürgermeistern und Landräten der betroffenen Kommunen soll auf die Verantwortlichen von Siemens dahingehend eingewirkt werden, dass diese geplante Maßnahme keineswegs eine verharmlosende Kapazitätsanpassung in Europa darstellt, sondern einen Kahlschlag hochqualifizierter Arbeitsplätze in Bayern, vor allem auch in strukturschwachen Regionen.

Deshalb soll die Staatsregierung bei ihren Aktivitäten folgende konkrete Verhandlungsergebnisse erzielen:

– den angekündigten Stellenabbau an allen vier Standorten zurückzunehmen und das vorhandene Know How und die hohe Motivation der Beschäftigten dafür zu nutzen;
– investive Alternativen zum Erhalt der Standorte zu entwickeln;
– alle regional- und strukturpolitischen staatlichen Maßnahmen auszuschöpfen;
– eine konzertierte Aktion „Industriearbeitsplätze für Bayern“ zu starten, die in enger Kooperation mit dem Unternehmen, den Arbeitnehmervertretern, den regionalen politischen Entscheidungsträgern und den Gewerkschaften erfolgen muss, um die Technologieführerschaft des Unternehmens am Standort Bayern insgesamt nicht durch vollkommen ideenlose Stellenstreichungen zu behaupten.

Begründung:

Noch im Jahre 2010 äußerte der Ministerpräsident Verständnis für die Entscheidung des Siemens-Managements, an den Standorten in Bad Neustadt a. d. Saale und in München-Perlach sowie an den Standorten Nürnberg, Fürth und Erlangen 3.000 Stellen abzubauen.

Mittlerweile gibt es Meldungen, dass der Ministerpräsident und die Staatsregierung sich mit den Vorschlägen des Siemens-Vorstands auseinandersetzen, um diesen Aderlass der bayerischen Industrie zu verhindern.

Aufgrund der Erfahrungen es Jahres 2010 bestehen jedoch große Zweifel, ob dieses Mal die Intervention der Staatsregierung über die u.E. anfängliche „konstruktive Tee-Atmosphäre“ hinaus geht und neben Bedauernsbekundungen und einer kosmetischen Reduzierung der geplanten Abbau- und Verlagerungszahlen konkrete Aussagen zum Bestand der Standorte und zum Erhalt der industriellen Arbeitsplätze erzielt werden.

Der Erfolg der Staatsregierung wird nur daran zu messen sein, wie viele hochqualifizierte Arbeitsplätze erhalten werden können und ob die nach außen gezeigte Solidarität der Staatsregierung mit den Arbeitnehmern sich nicht wieder nur in einer absoluten politischen Hilfslosigkeit und Gestaltungsunfähigkeit offenbart.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 16.03.2016 **Drucksache** 17/**10599**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Johanna Werner-Muggendorfer** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**10510**

Stellenabbau bei Siemens in Bayern stoppen – keine weitere De-Industrialisierung des Wirtschaftsstandorts Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Bernhard Roos
Abg. Erwin Huber
Abg. Alexander Muthmann
Abg. Thomas Mütze
Abg. Sandro Kirchner
Abg. Steffen Vogel
Staatsministerin Ilse Aigner
Abg. Georg Rosenthal
Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)
Stellenabbau bei Siemens in Bayern stoppen - keine weitere De-Industrialisierung des Wirtschaftsstandorts Bayern (Drs. 17/10510)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u. a. und Fraktion (CSU)
Stellenabbau bei Siemens - Neue Perspektiven für die betroffenen Standorte schaffen (Drs. 17/10531)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Siemens-Standorte erhalten, Stellenabbau verhindern, betroffene Regionen und Mittelstand stärken (Drs. 17/10532)

Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache. Als Ersten darf ich für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Roos bitten. – Bitte schön, Herr Kollege.

Bernhard Roos (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Werte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Staatsministerin Aigner, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern und bereits letzte Woche haben Demonstrationen der Belegschaften der Siemens-Standorte in Nürnberg, Bad Neustadt und Ruhstorf stattgefunden. Bis dato gab es noch keine Aktion in Erlangen; aber die wird noch kommen.

Ich freue mich, dass an der Seite der Beschäftigten, der Betriebsräte und der IG Metall immer wieder nicht nur die SPD-Abgeordneten dabei waren, sondern auch Abgeordnete der CSU, die aus regionaler Betroffenheit sagen, das ist der verkehrte Weg, und

die an Joe Kaeser als Vorstandsvorsitzenden der Siemens AG den Appell richten, diesen Personalabbau zu unterlassen und diese Verlagerungen nicht durchzuführen. Das ist der richtige Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir brauchen regionale Solidarität und Solidarität für Gesamtbayern, um diesen Kahlschlag zu verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Morgen werden mein Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher und ich zusammen mit den Betriebsräten, mit der Werksleitung und der IG Metall diskutieren, was wir beitragen können und wie wir die Maßnahmen koordinieren können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gehe davon aus, dass das hart wird; denn eine Ziffer ist immer nur das eine. Aber da stecken Menschen dahinter. Siemens lässt den weltweiten Personalabbau von 2.000 Köpfen fast ausschließlich in Bayern stattfinden. Zwar bin ich mir bewusst, dass Bayern ein sehr stolzes und großes Land ist; aber warum der gesamte weltweite Personalabbau in diesen Branchen bei uns stattfinden soll, erschließt sich mir nicht. Das fordert natürlich unseren Protest heraus.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Joe Kaeser hat die Verantwortung für das gesamte Unternehmen. Ich sehe ein großes Missverhältnis zwischen dem, was er seinen Anteilseignern, den Shareholdern gibt, und dem, was er der Belegschaft offeriert. Die einen bekommen mehr, und die anderen bekommen nicht nur weniger, sondern im Prinzip überhaupt nichts mehr. Das ist eine absolut verkehrte Gewichtung, die man ihm nicht durchgehen lassen kann, sei er nun Bayer, Niederbayer oder was auch immer. Das ist in diesem Fall nicht relevant.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen fordern wir, den Stellenabbau bei Siemens in Bayern zu stoppen. Keine weitere Deindustriealisierung des Wirtschaftsstandorts Bayerns! Wir singen permanent Loblieder auf diesen starken Industriestandort, liebe Staatsministerin Aigner; aber wenn sich die Größen, nur weil einmal weltkonjunkturell

eine etwas schwierigere Lage herrscht, vom Standort Bayern verabschieden, dann ist das der verkehrte Weg.

Ich dachte, mit dem Wechsel von Löscher hin zu Kaeser würde es besser werden. Ich habe aber damals schon geahnt, als er die Entscheidung traf, in Richtung Fracking zu gehen und besonders den nordamerikanischen Markt ins Auge zu fassen, dass das hochriskant ist, auf teures Öl zu setzen, wenn dann das Öl spottbillig wird, wie wir jetzt sehen. Der Ölpreis ist gegenüber Anfang 2014 um 70 % gesunken. Dann war nicht nur der Ankauf von Dresser-Rand zu teuer. Was jetzt den hiesigen Belegschaften zugemutet werden soll, setzt ein fatales Signal und ist ein Fehler, den nicht wir befördert haben, sondern der eine einsame Managemententscheidung war. Ein Abfedern auf den Rücken der Beschäftigten geht definitiv nicht.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nicht so, dass Siemens sich aus der Branche zurückziehen will, sondern man verlagert nach Tschechien und unter anderem nach China. Nun kommt es darauf an, den Schwur zu leisten. Was sagt Joe Kaeser zu den Familien in Bayern? Wir haben nicht nur am Standort Ruhstorf, sondern auch in Bad Neustadt an der Saale ländlichen Raum, Raum mit besonderem Handlungsbedarf. Da steht die Bayerische Staatsregierung in besonderer Verantwortung. Dort ist aber natürlich auch ein Unternehmen, das investiert hat, in besonderer Verantwortung.

Ich ziehe jetzt einen Vergleich zu dem, was im Jahr 2010 von der Bayerischen Staatsregierung und vom Ministerpräsidenten Seehofer gesagt worden ist, als in Bad Neustadt an der Saale und an anderen Standorten Arbeitsplätze abgebaut wurden. Damals äußerte er Verständnis für die unternehmerische Entscheidung und meinte, dass vielleicht eine Abfederung möglich sei; aber im Prinzip könne man da nichts machen. Es ist ausgesprochen wohltuend, dass seit gestern eine andere Intonierung herrscht, die Bayerische Staatsregierung das seit gestern in der Tat zur Chefsache macht und wir diesen angedrohten Stellenabbau nicht nur seitens der SPD und seitens der Ge-

werkschaften angreifen, sondern dass auch die Bayerische Staatsregierung sagt: So geht es nicht. Demgemäß interpretiere ich den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion so, dass das ein neuer Ton ist, dass das ein wirkliches Ernstnehmen der Problematik ist und dass man hinschaut, wo die Sorgen der Menschen und der Region liegen. Nicht ohne guten Grund waren gestern bei der Demo in Ruhstorf auch Landrat Franz Meyer und der Kollege Waschler mit dabei, was ich ausdrücklich begrüße.

Während in dem heute vorliegenden Dringlichkeitsantrag eher die Pflicht ausgedrückt wird, sehe ich in dem, was speziell zu Ruhstorf beschlossen wurde, eher die Kür. Egal, um welchen Standort es sich handelt: Die Behandlung des Problems darf nicht allein im Unternehmen erfolgen, sondern muss immer unter Einbeziehung der Betriebsräte und der IG Metall geschehen sowie natürlich unter Einbeziehung der lokalen und regionalen Politik. Das verlangt nach einer Gemeinschaftsaktion. Das kann man nicht im geschlossenen Kämmerlein abschließen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Kür besteht in einem weitgehenden und konkreteren Maßnahmenkatalog. Besonders wichtig ist die Etablierung einer zukunftsfähigen Ersatzfertigung, und zwar nicht dadurch, dass man irgendein anderes Unternehmen herholt. Erste Priorität ist, dass das Haus Siemens Ersatzfertigung bringt. Neustadt an der Saale liegt genauso im ländlichen Raum. Dort würde ich das Gleiche für die dortigen Kollegen verlangen. Das Gleiche gilt für Nürnberg, das ja regionalstrukturpolitisch auch nicht mit besonderer Kraft unterwegs ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Parlament und die Staatsregierung verwenden ihre gesamte Kraft darauf, dass dies gelingt. Falls es nicht funktionieren sollte, gilt als Notfallposition die Einrichtung einer Ersatzfertigung, in die die Zulieferbetriebe der Region genauso aufgenommen werden können.Wir haben eine Chance mit Industrie 4.0. Die Digitalisierungsoffensive kann verwendet werden. Wir haben sowohl in Bad Neustadt als auch in Ruhstorf ein Technologie-Transfer-Zentrum. Das sind natürlich nicht Potenziale, mit denen man Dutzende oder Hunderte von Arbeitsplätzen installierten

könnte. Aber das kann Hand in Hand mit den Forschungsanstrengungen von Siemens gehen.

Mir ist es sehr, sehr wichtig, einen Konsens im Hause erreichen zu können: Natürlich ist die Formulierung unseres Dringlichkeitsantrags noch nicht unter dem Lichte dessen geschehen, was Ministerpräsident Seehofer gestern in der Kabinettssitzung oder dem Ehrenamtsempfang in Bad Füssing vor Hunderten von Menschen – Frau Präsidentin, auch Sie waren dabei – geäußert hat, indem er die besondere Verantwortung der Staatsregierung für diesen Raum betont hat. Wenn vonseiten der CSU immer wieder gesagt wird, man wolle betriebsbedingte Kündigungen vermeiden, dann ist das keine besondere Leistung, weil das ohnehin in den Konzernbetriebsvereinbarungen enthalten ist. Es ist vielmehr eine Leistung der Arbeitnehmervertreter, und auch der Standort an sich ist gesichert. Man muss die Zukunftsfähigkeit des Standorts sehen, und wir müssen uns bemühen, dafür eine Lösung zu finden.

Dem Antrag der CSU werden wir zustimmen. Wir werden auch dem Antrag der FREIEN WÄHLER trotz Schwächen zustimmen. Wir bitten natürlich auch um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Erwin Huber das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Erwin Huber (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ankündigung von Siemens in der letzten Woche, rund 2.000 Arbeitsplätze im industriellen Bereich in Bayern abzubauen, hat auch uns sehr überrascht und getroffen. Wir teilen die Sorge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ruhstorf, Neustadt an der Saale, in Nürnberg und Erlangen. Wir wissen, dass nicht nur die 2.000 Menschen, die mutmaßlich ihren Arbeitsplatz verlieren, betroffen sind, sondern auch ihre Familien, und wir wissen, dass das zu Unsicherheiten und Umstellungen in Bezug auf die Lebensqualität führt. Wir sagen diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass sie nicht

allein gelassen werden. Wir werden alle Möglichkeiten, die wir haben, ausnutzen, um ihnen eine Zukunft zu geben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Roos, auf Ihre Rede muss ich schon sagen: Ich glaube, dass es Ihnen die Dimensionen etwas verrissen hat. Von einem Kahlschlag in Bayern oder einer Deindustrialisierung des Landes zu reden, ist durch diese nicht leichten und nicht leicht zu verkraftenden Entscheidungen in keiner Weise begründet. Wir stehen nicht vor einer Deindustrialisierung. Es ist abwegig zu behaupten, dass sich Siemens aus Bayern zurückzieht.

(Beifall bei der CSU)

Siemens hat 60.000 Arbeitsplätze in Bayern. Siemens wird in den nächsten Jahren insgesamt Milliarden investieren. Siemens wird auch in Deutschland, mit dem Schwerpunkt in Bayern, 3.000 Arbeitsplätze neu schaffen. In einem Prozess, in dem sich Technik und Märkte ändern und es zu Umstrukturierungen kommt, wäre es weltfremd, wenn man die Entwicklung nicht sehen würde. Es gilt doch, in diesem Digitalisierungsprozess unter dem Strich Arbeitsplätze zu gewinnen. Eine billige Polemik, Kaeser sollte zu den Familien gehen und sollte sich vor diese hinstellen, halte ich für eine völlig überholte Rhetorik. Ich finde, dass die Vertreter von Bayern deutlich zum Ausdruck bringen sollten: Wir sehen, dass Siemens als Weltkonzern insgesamt auf einem positiven Weg ist. Wir wissen, dass die Zentrale von Siemens in Bayern ist, wir sind stolz darauf, und wir werden Siemens auch gute Standortbedingungen für die Zukunft ermöglichen. Das ist nach meiner Meinung die richtige Sichtweise. Falsch hingegen ist eine billige Polemik.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben den Eindruck erweckt, Herr Kollege Roos, als wären Sie mehr oder weniger sofort am Brandplatz gewesen, während erst Tage oder Wochen später Vertreter der

Staatsregierung gekommen seien. Ich möchte der Wirtschaftsministerin und der Sozial- und Arbeitsministerin, die am Montag in Ruhstorf waren, dafür danken, dass sie unverzüglich tätig geworden sind.

(Beifall bei der CSU)

Es hat auch keiner Aufforderung aus den Reihen der Opposition bedurft. Bereits am letzten Mittwoch sind Verbindungen zum Hause Siemens aufgenommen worden. Man hat mit den Belegschaften vor Ort und den Kommunalpolitikern sowie den Landräten beider Standorte gesprochen. Auf diese Art und Weise soll deutlich gemacht werden, dass Solidarität besteht.

Natürlich besteht zunächst einmal eine Verantwortung von Siemens. Ich glaube auch nicht, dass das Unternehmen unsere Aufforderung braucht. Klar ist aber auch, dass Siemens bei diesem Stellenabbau insbesondere in sozialer Verantwortung steht. Wir setzen auf die Ankündigung, auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten, die Möglichkeiten von Altersteilzeit und Altersruhestand auszuschöpfen, den Auszubildenden die Absolvierung der Ausbildung weiter zu ermöglichen und in Verhandlungen mit Betriebsräten und Gewerkschaften für sozialverträgliche Lösungen zu sorgen. Wir sagen auch deutlich: Siemens ist in dieser Verantwortung, und aus dieser werden wir das Unternehmen auch nicht entlassen. Es besteht aber kein Anlass zu Aggression oder zum Angriff gegen den Siemens-Konzern.

Die Staatsregierung hat gestern einen Aktionsplan beschlossen. Die Frau Ministerin hat darin die in der Verantwortung des Hauses Siemens enthaltenen Elemente betont: Angebote zur Qualifizierung in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit zu machen, Möglichkeiten der Regionalförderung einzusetzen, Strukturförderung zu betreiben, die Wirtschaftsstandorte – nicht nur Ruhstorf, sondern auch Bad Neustadt an der Saale – in besonderer Weise zu fördern, dort das ganze Instrument der Regional- und Strukturpolitik einzusetzen und somit dazu beizutragen, Neuinvestitionen auch bei anderen Unternehmen zu erreichen, um neue Angebote zu schaffen, sowie den weite-

ren Ausbau der Technologieorientierung dieser Standorte. Ich sage für die CSU-Fraktion: Wir begrüßen diesen Plan der Staatsregierung, und wir unterstützen diesen Plan. Wir werden auch dazu beitragen, dass er zügig umgesetzt werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Nun zu den Anträgen der SPD und der FREIEN WÄHLER: Dass wir uns in der Sorge um die Arbeitsplätze einig sind, kann man, so glaube ich, unterstellen. Ich sage aber deutlich: Ihren Anträgen können wir dennoch nicht zustimmen, und zwar weder dem der SPD noch dem der FREIEN WÄHLER. Sie erwecken den Eindruck, als hätte die Politik die Möglichkeit, alle Stellen an diesen Standorten ohne Abstriche zu erhalten. Das ist nicht möglich. Das ist eine Illusion. Man muss auch den betroffenen Arbeitnehmern mit Ehrlichkeit begegnen. Ihnen vorzugaukeln, dass alle Arbeitsplätze erhalten werden können, können wir aufgrund unserer Verantwortung nicht mitmachen. Wir werden alles tun, um möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten. Wir werden alles tun, um Alternativen zu schaffen, und wir werden alles tun, um den Raum zu stärken. Aber der Eindruck, der Status quo könne beibehalten werden und Siemens werde das zurücknehmen, wäre eine Illusion, und eine solche Illusion sollte man nicht erwecken.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte in Bezug auf die FREIEN WÄHLER an die heutige Diskussion bezüglich der Feiertage anknüpfen: Man kann im Einzelnen tränenreich die Schwierigkeiten betrauern. Insgesamt geht es in einer dynamischen Wirtschaft um die Frage, ob wir als Wirtschaftsstandort attraktiv sind und ob wir unsere Wirtschaft in Bayern mit den großen Industrieunternehmen, dem Mittelstand und den Kleinbetrieben wettbewerbsfähig halten.Dazu tragen viele Aspekte bei, zum Beispiel das Steuerrecht. Wenn SPD und GRÜNE aber mit der Vermögensteuer, der Vermögensabgabe, mit einer sogenannten Reichensteuer und der Erbschaftsteuer den Wirtschaftsstandort schlechtmachen, muss man Sorge um einen Zuwachs an Arbeitsplätzen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Mit der Verteuerung von Energie wird auch der Strom für die produzierende Wirtschaft immer teurer. Auch das gefährdet Arbeitsplätze. Dazu kann man im Einzelfall einen Dringlichkeitsantrag stellen. Sie aber wollen vorab die Rahmenbedingungen verschlechtern, zum Beispiel durch eine wachsende Bürokratie, die der Mindestlohn und anderes nach sich ziehen. Wir müssen insgesamt dazu beitragen, dass die Attraktivität des Standortes erhalten bleibt.

(Zuruf von der SPD)

– Ich habe gesagt: durch Bürokratie. – Wir müssen beispielsweise auch für die nötige Infrastruktur sorgen. Diese Worte richte ich an die Adresse der GRÜNEN. Nur wenn wir leistungsfähige Straßen- und Schienenwege haben, wird der Wirtschaftsstandort Bayern attraktiv und wettbewerbsfähig bleiben. Nur wenn wir für neue Technologien offen sind, werden die neuen Arbeitsplätze bei uns entstehen. Die Alten zu konservieren, ist eine völlig überholte, volks- und betriebswirtschaftlich falsche Einstellung. Es muss im dynamischen Prozess gelingen, dass mehr neue Arbeitsplätze bei uns entstehen, als alte verloren gehen. Nur dann werden wir dem Land und seiner Zukunft dienen. Das ist der Inhalt unseres Antrags. Ich bitte, dem Antrag der CSU zuzustimmen. Den beiden anderen Anträgen können wir nicht zustimmen, weil sie mit ihren Forderungen nicht in der Lage sind, eine dynamische, erfolgreiche Wirtschaftspolitik zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Huber. – Bitte kommen Sie wegen einer Zwischenbemerkung zurück ans Rednerpult. – Kollege Roos, bitte.

Bernhard Roos (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Kollege Huber, das war jetzt eine kleine Philippika; die kann man vielleicht auch als Ablenkungsmanöver verstehen. Im Kern geht es jetzt nicht um die Erbschaftsteuer oder Ähnliches. Es geht auch

nicht um teuren Strom, sondern es geht darum, dass wir unter anderem die Chancen, die wir durch die Elektromobilität haben, ausschöpfen. Dies geht zumindest an drei der angesprochenen Standorte. Wir wollen den Konsens bei diesem Thema, und ich kann Ihnen eine neue Tonlage in der Bayerischen Staatsregierung attestieren; dort werden die Probleme wirklich ernst genommen.

Ich habe eine konkrete Frage an Sie: Kann dieses Add-on für Ruhstorf insbesondere auch für Bad Neustadt an der Saale oder auch für Nürnberg gelten?

Ich bin dafür, dass man dort, wo die Not größer ist, zusätzliche Arbeitsplätze generiert und dass man im Ausgleich Siemens-intern versucht, die Standorte zu stabilisieren. Die große Sorge ist, dass mit diesem "Kahlschlag" – bei diesem Ausdruck bleibe ich; es handelt sich um eine Reduzierung um mehr als die Hälfte – ein dauerhaftes Fortbestehen der Standorte nicht mehr möglich ist.

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Herr Kollege Huber.

Erwin Huber (CSU): Herr Kollege Roos, Sie erwecken den Eindruck, als würde die Staatsregierung erstmals im Zusammenhang mit der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen tätig werden. Das ist natürlich ein Märchen. Ich gehöre seit langer Zeit diesem Hohen Hause an und beobachte als eine durchgehende Konstante, dass wir überall dort, wo Unternehmen in Schwierigkeiten gekommen sind, wo Arbeitsplätze gefährdet waren, mit den Möglichkeiten des Staates da waren. Das ist doch nichts Neues. Auch in der letzten Legislaturperiode hat die Staatsregierung beispielsweise in Nürnberg kräftig mitgeholfen, Arbeitsplätze zu erhalten.

Der Unterschied zwischen Ihnen und uns besteht darin, dass wir Herrn Kaeser zu uns in die Fraktion einladen und mit ihm diskutieren. Das hat der Fraktionsvorsitzende Thomas Kreuzer bereits im Februar gemacht. Sie schimpfen über Herrn Kaeser. Wir diskutieren mit ihm. Das zeigt den Unterschied zwischen unserem Verhältnis zur Wirtschaft und Ihrem, meine Damen und Herren.

Des Weiteren ist es völlig klar, dass das Instrumentarium, das jetzt für Ruhstorf angedacht ist, in gleicher Weise maßgeschneidert auch für Bad Neustadt an der Saale angewandt wird. Dazu wird der Kollege Kirchner sprechen. Die Maßnahmen müssen auf den jeweiligen Standort bezogen sein.

Dennoch bleibe ich bei meiner Weigerung, die von Ihnen verwendete Vokabel "Kahlschlag" hier zu gebrauchen. Auch wenn es schmerzlich ist, dass in dem Werk in Ruhstorf möglicherweise 700 von 1.300 Arbeitsplätzen wegfallen, ist das aus meiner Sicht kein Kahlschlag, und der Standort wird nicht geschlossen.

Sie sagen, ich betreibe hier ein Ablenkungsmanöver. Dazu sage ich: Es kommt nicht darauf an, punktuell zu reagieren, sondern man muss insgesamt die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes stärken und eine für die Wirtschaft vernünftige, Arbeitsplätze schaffende Wirtschaftspolitik betreiben. Das ist insgesamt notwendig. Deshalb spielen Steuerrecht und die anderen angesprochenen Dinge sehr wohl eine Rolle.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt darf ich für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herrn Kollegen Muthmann das Wort erteilen.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Zahlen der betroffenen Menschen und Familien ist niemandem, vor allem nicht den betroffenen Familien, damit gedient, wenn wir uns hier in parteipolitischem Klein-klein mit Vorwürfen und negativen Bewertungen konfrontieren. Wichtig ist, dass wir in dieser Situation dasjenige in den betroffenen Regionen und mit den betroffenen Menschen möglich machen, was in unserer Kompetenz liegt.

Lieber Kollege Roos, an dieser Stelle darf ich auf den letzten Absatz in der Begründung Ihres Dringlichkeitsantrags hinweisen. Dort geht es um ein eher politisches

Staatsverständnis. Sie glauben, dass die Staatsregierung letztendlich entscheidet, wie es mit den Arbeitsplätzen weitergeht. Damit ist uns nicht wirklich weitergeholfen.

Herr Kollege Huber, wenn Sie unseren Antrag dahin gehend interpretieren, dass es uns um den Status quo ginge, würden Sie unseren Antrag völlig missverstehen. Dass in verschiedenen Branchen spezifische Entwicklungen unternehmerische Reaktionen und Entscheidungen notwendig machen, steht außer Frage. Das ist im Wirtschaftsleben gang und gäbe. Das zu negieren oder aufhalten zu wollen, wäre in der Tat nicht zukunftsgerichtet. Aber auch bei dieser Bewertung geht es darum, Fragen an die Firma Siemens zu stellen oder Appelle an diese zu richten. Herr Huber hat von Siemens als einem Weltkonzern gesprochen und die 60.000 Arbeitsplätze in Bayern erwähnt. Daran müssen sich auch Fragen anknüpfen, ob Siemens bereit ist, unter Würdigung der regionalen Betroffenheiten Verantwortung zu übernehmen und unternehmerische Richtungsentscheidungen zugunsten der Standorte zu fällen, die durch den angekündigten Stellenabbau besonders betroffen werden.

Allenthalben wird der Wert der Facharbeiter betont und deren Mangel beklagt. Daran muss die Frage geknüpft sein: Kann es sich ein Unternehmen wie Siemens heute noch leisten, auch hochqualifizierte Facharbeiter sozusagen auf die Straße zu setzen? – Wir glauben, dass es hier einer unternehmerischen Beantwortung bedarf. Gerade in Bayern dürfen wir darauf hinweisen, dass die Konzerne auf Anfrage immer mit politischer Unterstützung rechnen durften. Daher liegt es auch in der unternehmerischen Verantwortung, nicht nur mit Blick auf Aktienkurs und branchenspezifische Entwicklungen Entscheidungen zu treffen, sondern auch gesamtgesellschaftlich unternehmerische Verantwortung zu übernehmen. Das wollen wir mit unserem Antrag einfordern. Wir bitten darum, uns in diesem Anliegen zu unterstützen. Es geht nicht um die Erhaltung des Status quo, wie es Herr Huber verstanden hat, sondern es geht um die Wertschätzung der Mitarbeiter. Dabei geht es auch um die Auszubildenden; das erkennen wir an. Aber wir wollen mehr. Wir wollen auch eine gesamtgesellschaftliche Verantwor-

tung von Siemens in Nürnberg, Erlangen, vor allem aber in Ruhstorf und Bad Neustadt an der Saale betonen und erkennen.

Mit dem zweiten Teil unseres Antrags wollen wir darüber hinaus auch an die Staatsregierung appellieren und das, was die Staatsregierung in den letzten Tagen und aktuell erkennen lässt, unterstützen. Es ist nicht nur notwendig, mit Siemens das Mögliche noch herauszuholen, sondern die betroffenen Regionen sind mit allen uns politisch gebotenen Instrumentarien zu unterstützen. In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung unseres nachgezogenen Dringlichkeitsantrags.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Kollege Mütze. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Mütze (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei der Rednerliste hätte man den Eindruck gewinnen können, es geht bei Siemens um ein niederbayerisches Unternehmen; dem ist mitnichten so, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Standort Bad Neustadt an der Saale liegt wie andere Standorte in einem Raum mit besonderem Handlungsbedarf. An der Entscheidung von Siemens kann man sehr wohl Kritik üben, ob man das Ganze nun regionalpolitisch, sozialpolitisch oder industriepolitisch beleuchtet.

Regionalpolitisch: Die Niederlassungen liegen in Räumen mit besonderem Handlungsbedarf, die unserer besonderen Verantwortung unterliegen. Wir alle zusammen sind in der Verantwortung, diese zu stärken oder zu versuchen, diese nicht schwächen zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Entscheidung, wie sie Siemens – ich nenne mal das Beispiel Ruhstorf – gegen 700 Arbeitsplätze getroffen hat, ist in einem solchen Raum verheerend.

Sozialpolitisch ist diese hohe Zahl von Kündigungen in strukturschwachen Räumen schwierig. Die Regionen werden vor große Herausforderungen gestellt. Welche Ersatzarbeitsplätze können wir denn bieten mit der Qualifikation, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort haben? Haben wir die Möglichkeit, dort für Ersatz zu sorgen?

Industriepolitisch – Entschuldigung – ist es eine absolute Katastrophe, dass sich Siemens dafür entschieden hat, ins Fracking zu gehen und dafür die E-Mobilität fallen zu lassen. Ich rede jetzt für Bad Neustadt an der Saale; die E-Mobilität war dort der Schwerpunkt. Diese Entscheidung trifft natürlich die Regionen im nördlichen Unterfranken hart.

Trotz allem – und das wurde jetzt schon öfter gesagt – hat Siemens 60.000 Arbeitsplätze in Bayern. Hier wird der Eindruck erweckt, als wäre der jetzige Abbau der Untergang des Abendlandes. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hätte mir einen Antrag gewünscht, als es mit der Solarindustrie in Bayern so abwärts ging; denn wir haben Tausende von Arbeitsplätzen in der Solarindustrie verloren. Das haben wir hingenommen, weil sich in der Entwicklung abgezeichnet hat, dass andere eben besser waren. Es musste in dieser Branche einen Wandel geben. Dieser Wandel hat sich abgespielt, und Bayern ist deswegen industriepolitisch nicht abgestiegen. Bayern ist stärker aus der Krise in der Solarindustrie hervorgegangen. Es ist eine "Illusion", wie es Herr Huber genannt hat – ich will ihn da mal zitieren –, zu glauben, die Politik könnte alle Arbeitsplätze erhalten, die Siemens jetzt abbaut; das halten wir für falsch. Wir können helfen, wir können das flankieren. Die Politik kann aber nicht Entscheidungen für Unternehmen treffen. Wir sind sozusagen die Leidtragenden. Wir müssen schauen, wie wir die Unternehmen dabei unterstützen und wie wir unserer Verantwortung für die Regionen gerecht werden. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Antrag der CSU ist der realistischste Antrag, weil er keine Illusionen aufbaut, weil er keine Hoffnungen weckt, die möglicherweise nicht erfüllt werden können, der aber

trotzdem der Region signalisiert: Wir werden für euch alles tun, was in unserer Macht steht, aber nichts darüber hinaus. Ich glaube, das ist der richtige Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen werden wir dem CSU-Antrag zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CSU – Erwin Huber (CSU): Beifall bei der CSU!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich darf bekannt geben, dass die CSU-Fraktion zu ihrem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Kirchner das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Ruhstorf, Nürnberg, Erlangen, Bad Neustadt – das sind die Ortschaften, die Lokalitäten, die momentan eng mit Siemens in Verbindung gebracht werden. Ich darf heute auch im Namen meines Kollegen Steffen Vogel, der den Stimmkreis Haßberge, Rhön-Grabfeld betreut, hier Stellung nehmen und mich auf den Standort Bad Neustadt beziehen.

Bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, lieber Kollege Roos, möchte ich das Jahr 2010 in Erinnerung rufen. Ich selber war auf dem Marktplatz gestanden und habe mit unseren Kollegen von Siemens demonstriert. Ich muss betonen, dass seinerzeit insbesondere unser Ministerpräsident vor Ort sehr aktiv gewesen ist und die Gespräche mit Siemens geführt hat. Jetzt zu sagen, damals hat sich nichts getan, damals hat die Staatsregierung nichts gemacht, ist falsch. Am Standort wurden aufgrund dessen viele Dinge anders geregelt, als ursprünglich vermutet. Also lassen Sie das der Ehrlichkeit halber nicht unter den Tisch fallen.

(Bernhard Roos (SPD): Ist Personal wieder eingestellt worden?)

– Es ist sogar wieder Personal eingestellt worden. – Am 10. März 2016 waren wieder 1.600 Menschen in Bad Neustadt unterwegs, um gegen die aktuelle Situation zu de-

monstrieren. Ich kann für uns in der Region, die wir dort wohnen und unsere Heimat haben, feststellen: Die Siemensianer sind ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Die gesamte Region solidarisiert sich, und wir alle identifizieren uns mit der Region. Es ist ein Déjà-vu, ein erneuter Schock. Man kann schon sagen, dass es für uns in diesem Bereich – besonders förderwürdig, ehemaliges Zonenrandgebiet, strukturschwach – schon ein strukturpolitisches Erdbeben darstellt.

Wir versuchen dort Hand in Hand, das Thema aufzugreifen. Besonders unser Landrat Thomas Habermann ist sehr agil und aktiv und versucht, an den verschiedenen Schnittstellen Lösungen herbeizuführen. Unser Ministerpräsident ist an vorderster Front, ebenso unsere Staatsministerin Ilse Aigner, die Landtagspräsidentin Barbara Stamm, die schon Gespräche mit Joe Kaeser geführt hat, Staatssekretär Eck, und alle Betroffenen und Beteiligten sind vor Ort. Das geschieht im Schulterschluss mit den Arbeitnehmervertretungen, die dort aktiv sind, um die Belange und Bedürfnisse, die Nöte und Sorgen zu erkennen und in die Diskussionen einzubringen. Ich meine, wir sind schon auf einem guten Weg und sollten uns nicht auseinanderdividieren lassen.

Es gibt bereits intensive Gespräche mit dem Vorstand. Dabei ist die Aufgabe, neue Perspektiven zu erörtern und welche Möglichkeiten sich am Standort in neuer Ausrichtung, in neuer Positionierung ergeben können. Es geht aber auch darum, die strukturpolitischen Optionen zu eruieren. Im Jahr 2010 haben sich im Anschluss viele Möglichkeiten ergeben – bei Siemens, aber natürlich auch auf der strukturpolitischen Seite.

Der Antrag der CSU geht mit dem Auftrag an die Staatsregierung genau in die richtige Richtung, um für die Siemensianer an den Standorten das Beste herauszuholen und die Struktur zu unterstützen. Mich freut, dass das Kabinett gestern in Niederbayern verschiedene Maßnahmen fixiert hat. Ich gehe fest davon aus, dass das für alle Siemens-Standorte gilt, die aktuell in der Diskussion stehen.

Ich möchte den Fokus auf ein Thema lenken, das in der Diskussion heute schon angeschnitten wurde. Das Technologie-Transfer-Zentrum Elektromobilität wurde im Jahr 2010 aus dieser Situation geboren und am Standort Bad Neustadt an der Saale etabliert. Aus heutiger Sicht ist es ein Erfolgsmodell nicht nur für den Standort, sondern auch für ganz Bayern.Es ist eine Einrichtung, die Know-how im Bereich Lastmanagement, zum Beispiel für Smart-Grid-Lösungen, bietet, innovative Ladetechnologien aufweist, CO_2-minimierte Innenstadt als Thema betreibt und bei vielen Themen im Bereich F&E, im Bereich Leistungselektronik und Elektromobilität voranschreitet. Sie ist auch Motor für die E-Mobil-Kompetenz, weil dort auch Fachkräfte generiert werden.

Wir haben eine Fachschule für Fahrzeugtechnik und Elektromobilität, ein Institut der Hochschule, wo Promotionsstudenten aktiv sind und internationale Dissertationen geschrieben werden. All das, was wir momentan bei uns in Bayern im Bereich der Elektromobilität diskutieren, ist vor Ort aus der Not 2010 heraus entstanden. Ich kann schon sagen, dass es ein Innovationspool für die bayerische Wirtschaft ist, gerade im Batteriemanagementsystem für den BMWi3 und für den BMWi8. Es sind Technologien, die im Technologie-Transfer-Zentrum über die Firma Preh auf den Weltmarkt ausgestreut worden sind, wo sich Bayern in der Welt präsentieren und sagen kann: Jawohl, wir sind Technologieträger im Bereich Elektromobilität. Natürlich entsteht auch Spitzentechnologie am Standort Bad Neustadt.

Ich denke, so wie Preh profitieren viele Firmen im Umfeld von dem Technologie-Transfer-Zentrum, gerade auch Siemens, das angesprochen worden ist, zum einen durch Impulse, die in den F&E-Bereich gehen und damit den Jobs in der Produktion ein Stück weit Sicherheit geben. Ich bin schon der Meinung, dass das TTZ essenziell und eine der strukturpolitischen Maßnahmen ist, die im Antrag beschrieben sind. 40 Arbeitsplätze sind dort mittlerweile entstanden – eine Innovationsschmiede für Bayern. Frau Staatsministerin, ich muss schon sagen, aus meiner Sicht ist das schon der Herzschlag der Elektromobilität in Bayern.

Die Aufgabe ist klar definiert. In der Region sind Arbeitsplätze zu sichern und vor allem auch neue zu schaffen, Ausbildungsstrukturen zu verbessern und gerade im Zeitalter des Fachkräftebedarfs eigene Fachkräfte auszubilden, die vor Ort eingesetzt werden können, um Forschungsaktivitäten und Firmen zu stärken. Erwin Huber hat in seinen Ausführungen zu Recht gesagt: Genau so etwas wie das TTZ am Standort Bad Neustadt macht einen Standort attraktiv. Warum sage ich das? – Weil es mit der aktuellen Situation verbunden ist.

Abschließend möchte ich zwei Bitten formulieren, die mit den Perspektiven für den betroffenen Standort zusammenhängen. Eine Bitte geht an das Wissenschaftsministerium: Sehr geehrter Herr Staatsminister Ludwig Spaenle, Sie haben mein Plädoyer für das TTZ gerade gehört. Wir befinden uns in einer Phase, in der das TTZ evaluiert wird. Sie haben vorhin in einem Gespräch gesagt, dass die Evaluation im April ansteht. Mein Appell und meine Bitte ist, dass die Evaluation schnell und zügig durchgeführt wird und dass man zu der Erkenntnis kommt, dass die Geldmittel für das TTZ verstetigt werden müssen. Der Sockelbetrag, der diskutiert wird, reicht nicht aus. Das TTZ muss dem Standort und der Situation angemessen ausgestattet werden. Das wäre die Bitte Nummer 1 an dieser Stelle.

Die Bitte Nummer 2 geht an unsere Wirtschaftsministerin, die im Übrigen sehr agil und aktiv unterwegs ist, um den Standort Bad Neustadt voranzubringen und das Thema zu fokussieren. Aus ihrer Sicht sollte die Elektromobilität das Kernthema der bayerischen Wirtschaft und der Energiewende für die Zukunft sein. Ich sage Ihnen, Bayern hat mit dem TTZ in Bad Neustadt eine Perle in diesem Bereich. Es gilt jetzt – das ist meine Bitte –, für diese Perle im Interesse der Region und im Interesse der Strukturpolitik, die natürlich mit der Diskussion über Siemens behaftet ist, die ganz klare Absicht zu erklären, dass das TTZ mit einem Forschungsauftrag, mit Forschungsmitteln und mit Projektmitteln ausgestattet wird, damit in Bad Neustadt ein gewaltiger Aufschlag für die Elektromobilität in Bayern, in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt stattfin-

den kann. Ich denke, das steht uns gut an, und das wäre mein Anliegen an dieser Stelle.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion noch dem Kollegen Vogel das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich war der 10. März 2016 für die Region Bad Neustadt ein trauriger Tag, weil ein Konzern, ein wichtiger Arbeitgeber angekündigt hat, dass er 370 Arbeitsplätze abbaut. Deshalb möchte ich als Stimmkreisabgeordneter die uneingeschränkte Solidarität unserer Fraktion und, so denke ich, auch unseres Hauses mit den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere auch mit den Familien, zum Ausdruck bringen, die von einem möglichen Arbeitsplatzabbau betroffen sind.

Ich kann mich den Ausführungen des Kollegen Sandro Kirchner zu 100 % anschließen. Mir geht es einfach um Folgendes. Gestern fand eine Kabinettssitzung in Niederbayern statt, wo ein Aktionsplan für Ruhstorf erarbeitet wurde, was ein starkes Signal und einen starken Aufschlag zur Folge hatte. Liebe Frau Staatsministerin, ich fordere mindestens denselben Aufschlag für Bad Neustadt. Der Landkreis Bad Neustadt liegt im ländlichen Raum und hat einen besonderen Handlungsbedarf, und dort schmerzt es einfach, wenn 370 Arbeitsplätze verloren gehen. Er bedarf dringend derselben Unterstützung wie die anderen Standorte.

Deshalb würde ich mich freuen, wenn auch ein Aktionsplan für Bad Neustadt erarbeitet würde. Für genauso wichtig halte ich es, dass wir auch dort vor Ort Flagge zeigen und die Staatsregierung in absehbarer Zeit nach Bad Neustadt kommt – ich darf Sie dazu herzlich einladen und Frau Arbeitsministerin –, um dort Rede und Antwort zu stehen und mit den Betriebsräten sowie mit der Geschäftsleitung zu sprechen. Es darf keine einseitigen Beschimpfungen geben, sondern es muss uns gelingen, gemeinsam einen Weg zu finden, wie man zu einer verträglichen Lösung und einer neuen Per-

spektive in Bad Neustadt kommt. In diesem Sinn bitte ich einfach um die volle Unterstützung für Bad Neustadt.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt darf ich für die Staatsregierung Frau Staatsministerin Aigner das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes, glaube ich, eint uns wirklich alle gemeinsam die Ansicht, dass die Nachricht vom 10. März für alle eine schlechte Nachricht gewesen ist, insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an den Standorten betroffen sind. Deshalb ist es für die Bayerische Staatsregierung selbstverständlich gewesen, möglichst schnell nicht nur mit der örtlichen Kommunalpolitik und den Abgeordneten Kontakt aufzunehmen, sondern auch mit der Firmenleitung und mit den Betriebsräten gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Dass in dieser Woche eine Kabinettssitzung in Niederbayern stattgefunden hat, war nicht vorhersehbar. Dort haben wir mit Vertretern aus dem Standort Ruhstorf, mit Betriebsräten, mit Vertretern der Gewerkschaften und selbstverständlich mit dem Landrat und dem Bürgermeister intensiv über die Situation diskutiert. Wir haben aber auch ganz klar angesagt, dass es um alle Standorte geht, dass es um Bad Neustadt geht, dass es um Nürnberg geht und dass es natürlich auch um Erlangen geht.

Nachdem ich schon am Montag gemeinsam mit Emilia Müller in dem Werk gewesen bin, um mich mit der Situation vertraut zu machen, hatte ich heute noch einmal ein Gespräch mit allen Kommunalpolitikern vor Ort, mit den Landräten aus Bad Neustadt und aus Passau, mit den beiden Bürgermeistern und den Wirtschaftsreferenten aus den zwei Standorten, um gemeinsam – übrigens mit Siemens – die Situation und darüber zu diskutieren, welche Optionen und welche Möglichkeiten es gibt.

Zunächst möchte ich aber noch sagen, worum es geht und warum die Situation überhaupt eingetreten ist. Es ist nicht so, dass hier irgendeine Misswirtschaft vorliegt, sondern es gibt globale Veränderungen auf dem Weltmarkt, die insbesondere die Standorte betreffen, die in Bayern gerade dafür fertigen. Hier gibt es einen ganz gravierenden Umsatzrückgang, der nicht nur Siemens trifft, sondern alle Firmen, die sich in diesem Bereich betätigen. In der ganzen Welt kommt es zu Auslastungsproblemen auch bei anderen Firmen. Das ist die Ausgangssituation.

Diese Erklärung hilft allerdings den einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wenig. Deshalb muss man die einzelnen Standorte wirklich konkret vor Ort anschauen und nach Lösungsmöglichkeiten suchen. Das werde ich selbstverständlich gemeinsam mit der Kollegin Emilia Müller, den Mandatsträgern vor Ort und selbstverständlich auch mit den Betriebsräten machen. An den einzelnen Standorten gibt es allerdings sehr unterschiedliche Voraussetzungen. So ist Ruhstorf, wo über die Hälfte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betroffen ist, nicht mit Erlangen vergleichbar, wo 150 von 320.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betroffen sind. Das sind natürlich unterschiedliche Voraussetzungen. Bad Neustadt als ländlicher Raum ist ganz anders betroffen als die Zentren in Bayern. Aber auch Nürnberg als Standort mit der nach wie vor höchsten Arbeitslosigkeit in ganz Bayern ist massiv betroffen. Deshalb muss man meines Erachtens jeden Standort einzeln anschauen.

Auch Siemens hat eine Bringschuld. Dass auch das Unternehmen seiner Verantwortung gerecht wird, haben wir heute nochmals sehr deutlich eingefordert. Es gibt eine Gesamtverantwortung, die über die einzelne betriebliche Division hinausreicht. In diesem Rahmen ist intensiv zu prüfen, wie jeder einzelne Standort gestärkt werden kann, gegebenenfalls auch durch Neustrukturierungen, und wie auf der Grundlage neuer Ideen neue Technologien, die in die Zukunft weisen, entwickelt werden können. Auch das haben wir eingefordert. Wir wollen gemeinsam mit Siemens an jedem einzelnen Standort um die Schaffung der besten Rahmenbedingungen dafür ringen. Ich sage ausdrücklich, dass insofern auch Siemens seine Aufgabe hat; dies ist Konsens.

Selbstverständlich wird auch die Staatsregierung bzw. der Freistaat Bayern seiner Verantwortung gerecht.

Wir wollen in jeder Region die Wirtschaft insgesamt stärken. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet hat der Freistaat Bayern in den vergangenen Jahren eine unglaublich gute Entwicklung genommen. In allen vier betroffenen Regionen hat sich die Arbeitslosigkeit in einem Zeitraum von zehn Jahren halbiert, teilweise mehr als das. Bayern ist ein industrieller Standort, wo noch 26 % der Wertschöpfung in der Industrie erfolgen. Jeder fünfte Arbeitsplatz ist im industriellen Bereich angesiedelt. Vor diesem Hintergrund kann man nicht von "Kahlschlag" oder "Deindustrialisierung" sprechen. Wir sind vielmehr ein starker Standort.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen neue Entwicklungen aufnehmen. Ein Zukunftsfeld ist die Elektromobilität. Der Freistaat Bayern hat seine diesbezüglichen Forderungen klar formuliert. Wenn es um Elektromobilität geht, wollen und müssen wir die Automobilindustrie mitnehmen. Es bedarf weiterer Anstrengungen, um die Ziele auf diesem Gebiet zu erreichen. Vor allem brauchen wir in diesem Bereich innovative Technologien.

Die Umstellung der industriellen Fertigung ist eine weitere Herausforderung. Insofern ergibt sich eine Option für Ruhstorf, wo Spezialmaschinen, insbesondere Spezialmotoren, über den gesamten Lebenszyklus hinweg weiterentwickelt werden können. Ich nenne in diesem Zusammenhang das Stichwort Industrie 4.0.

Es gilt, die gesamte Region weiterzuentwickeln. Dazu bedarf es der Regionalförderung. Herr Kollege Huber hat zu Recht darauf verwiesen, wie viel wir schon in die Regionalförderung investieren.

Es sind neue, gute Strukturen zu schaffen. Diese müssen wir gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium und den Hochschulen voranbringen. Wir brauchen die Technologie-Transfer-Zentren und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen,

um die Zukunftsfelder in den Regionen besetzen zu können. Das ist eine Zukunftsaufgabe. Wir sind uns sicherlich einig, dass wir die Betriebe auf die Herausforderungen der Zukunft einstellen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einzelne Fördermaßnahmen habe ich schon genannt. Eine Steuerungsgruppe unter meiner Führung nimmt jeden Standort einzeln unter die Lupe. Gemeinsam mit Siemens, den Betriebsräten und den lokal Verantwortlichen suchen wir nach passgenauen Lösungen für jeden Standort. Dabei haben wir natürlich immer die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Blick. Es geht in der Tat um Einzelschicksale; auch das will ich ausdrücklich sagen.

Allerdings müssen nicht nur die regionalen Rahmenbedingungen, sondern die Standortbedingungen insgesamt verbessert werden. Das wollte ich noch einmal loswerden, lieber Bernhard Roos. Auch Erwin hat die Bedeutung der Standortbedingungen betont.

Wir sind zu Recht intensiv unterwegs, wenn es darum geht, Stellenabbau in großen Betrieben zu vermeiden. Aber auch die mittelständischen Betriebe brauchen gute Rahmenbedingungen. Ein wichtiger Aspekt ist die Ausgestaltung der Erbschaftsteuer. In der nächsten Zeit wird es in Tausenden Fällen zur Betriebsübergabe kommen. Diese Betriebe will ich nicht gefährden; denn das hätte gerade im ländlichen Raum massive Auswirkungen, insbesondere dann, wenn nicht nur ein Betrieb betroffen ist, sondern viele Betriebe. Vor diesem Hintergrund betone ich, dass es auch günstiger allgemeiner Rahmenbedingungen bedarf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme auf den konkreten Fall zurück. Ich wiederhole, dass kein Standort geschlossen werden soll. Die entscheidende Frage ist, wie wir für die einzelnen Standorte zukunftsfähige, dauerhaft tragfähige Konzepte entwickeln können. Das ist insbesondere in Ruhstorf das größte Problem; dort müssen wir besonders genau hinschauen.

Wir wollen auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter klare Signale senden. Siemens hat heute zugesagt, dass es noch vor Ostern Gespräche mit dem Betriebsrat geben wird, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr Sicherheit und Klarheit bekommen. Eine Hauruck-Aktion darf es nicht geben. In einem Zeitraum von zwei oder drei Jahren wird es uns gelingen, mit Anpassungen noch viel zu erreichen. Auch diese Feststellung ist mir wichtig.

Ich habe noch eine Botschaft, die für die jungen Leute sehr wichtig ist: Die Auszubildenden, die in den Betrieben beschäftigt sind, können ihre Ausbildung beenden.

Das alles sind wichtige Botschaften. Jetzt müssen wir auch mit den örtlich Verantwortlichen intensiv über Lösungsmöglichkeiten diskutieren.

Ich betone, dass auf der Grundlage innovativer Ansätze zukunftsfähige Konzepte zu entwickeln sind. Diese Feststellung gilt allerdings für alle bayerischen Standorte. Wir müssen alle Branchen in die neue Zeit mitnehmen, dürfen aber insbesondere die industrielle Basis nicht aus den Augen verlieren. Über diese Herausforderungen haben wir schon mit vielen Verantwortlichen diskutiert, am Montag gemeinsam mit Emilia Müller in Ruhstorf. Am Dienstag war das Thema im Kabinett. Wir werden auch mit den an den übrigen Standorten Verantwortlichen entsprechende Gespräche führen, um die jeweils besten Lösungen voranzubringen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Für eine Zwischenbemerkung: Herr Rosenthal, bitte.

Georg Rosenthal (SPD): Frau Staatsministerin, Sie haben mehrmals die Bedeutung zukunftsfähiger Ansätze und die Rolle der Innovation betont. Meine Vorredner aus der CSU-Fraktion haben Ihnen ans Herz gelegt, den Standort Bad Neustadt an der Saale besonders im Auge zu haben. Ich erinnere daran, dass die SPD-Landtagsfraktion einen Antrag eingebracht hatte, der die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit genau die-

ses Standortes zum Gegenstand hatte. Um diese zu sichern, sollten 750.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Konkret ging es um das TTZ. Dürfen wir, nachdem wir Ihre Worte gehört haben und nachdem die Bayerische Staatsregierung den Ball aufgenommen hat, darauf hoffen, dass dieser – damals abgelehnte – Antrag doch noch eine Zukunft hat, damit wir gemeinsam die Fachhochschule und den Standort bzw. die Region Mainfranken insgesamt in ihrer Fähigkeit, innovative, zukunftsfähige Konzepte zu entwickeln, stärken können?

(Beifall bei der SPD)

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Kollege Kirchner hat das Thema schon angesprochen. Es ist gestern Gegenstand der Kabinettsberatung gewesen; Staatssekretär Sibler ist darauf eingegangen. Eine Evaluierung ist notwendig; sie soll möglichst schnell durchgeführt werden. Wir müssen wissen, wie der Standort des TTZ vom Wissenschaftsministerium beurteilt wird. Auch ich werde mich natürlich dafür einsetzen, dass wir zu einer positiven Lösung kommen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dafür werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/10510 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen von SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Unruhe bei der CSU)

– Bitte?

(Zuruf von der CSU: Ein paar Zustimmungen bei der CSU!)

– Zwei Zustimmungen aus den Reihen der CSU zu dem SPD-Antrag.

(Zuruf von der CSU: Drei!)

– Drei.

(Weitere Mitglieder der CSU-Fraktion geben das Handzeichen)

Vier, fünf. Das nächste Mal bitte gleich! – Fünf Zustimmungen aus den Reihen der CSU-Fraktion.

(Zuruf von der SPD: Das werden ja immer mehr!)

– Nein, jetzt habe ich es abgeschlossen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Da muss man dann gleich da sein.

Bevor ich über den CSU-Antrag namentlich abstimmen lasse, lasse ich noch über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER abstimmen; das ist der Antrag auf der Drucksache 17/10532. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, aus den Reihen der CSU-Fraktion sechs Zustimmungen. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die übrige CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/10531 namentlich abstimmen. Die Urnen stehen bereit. Fünf Minuten, bitte.

(Namentliche Abstimmung von 17.00 bis 17.05 Uhr)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Wir zählen außerhalb des Sitzungssaales aus und fahren in der Tagesordnung fort.

Bevor ich jetzt den Tagesordnungspunkt 4 aufrufe, gebe ich zunächst die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt:

(Unruhe)

– Ich bitte doch, sich wieder hinzusetzen. Es geht weiter im Programm.

Beim Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze und andere und Fraktion (SPD) betreffend "Das Problem heißt Rassismus! Menschen vor rassistischer Hetze und rechter Gewalt schützen" auf Drucksache 17/10508 haben 47 Kolleginnen und Kollegen mit Ja gestimmt, mit Nein 100; Stimmenthaltungen keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Beim nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann und andere und Fraktion (CSU) betreffend "Der Freistaat Bayern bekämpft entschlossen jede Form des Extremismus" auf Drucksache 17/10528 haben 101 Kolleginnen und Kollegen mit Ja gestimmt, mit Nein 0; Stimmenthaltungen gab es 45. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung des Dringlichkeitsantrags der Abgeordneten Kreuzer, Freller, Schreyer-Stäblein und andere und Fraktion (CSU) betreffend "Stellenabbau bei Siemens – Neue Perspektiven für die betroffenen Standorte schaffen", Drucksache 17/10531, be-

kannt. Mit Ja haben 144 gestimmt, mit Nein hat niemand gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4 – Zuruf von der SPD: Und dafür haben wir eine Namentliche gemacht!)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.03.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u. a. und Fraktion CSU; Stellenabbau bei Siemens - Neue Perspektiven für die betroffenen Standorte schaffen (Drucksache 17/10531)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric	X		
Dr. **Bernhard** Otmar	X		
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang	X		
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander	X		
Dr. **Förster** Linus			
Freller Karl			
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten	X		
Dr. **Goppel** Thomas	X		
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine	X		
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Huber** Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. **Hünnerkopf** Otto	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. **Kränzlein** Herbert			
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian			
Dr. **Merk** Beate	X		
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans	X		
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten	X		
Dr. **Schwartz** Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig	X		
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen	X		
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. **Wengert** Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	144	0	0